

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
STADTENTWICKLUNG,
INFRASTRUKTUR UND
MARKETING**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 18. SIM 2009-2014 Sitzungsdatum: 13.11.2012 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 13.11.2012

Unter dem Vorsitz von Norma Kuhlmeier versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.06.2012
2. Städtebauliche Planungen für eine Grünfläche im Bereich Paul-Klee-Straße/
Kokoschkastraße
3. Bebauungsplan Nr. 67 - Fidelisstraße - 4. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
4. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der
öffentlichen Auslegung
5. Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht Nord - 2. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
6. Bebauungsplan Nr. 100 - Wohnpark Rimburg 1 - 5. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
7. "Demografisches Stadtentwicklungsprogramm" mit "Leitbildvorschlag"
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

10. Grundstücksangelegenheit
- 10.1 Veräußerung einer Teilfläche: Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, Flurstück 675

11. Erweiterungen zur Tagesordnung
12. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Herbert Fibus	SPD	als Vertreter für Stadtverordneten Weißborn
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordnete Gillen
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Tim Böven	SPD	
Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Peter Kremer	UWG	als persönlicher Vertreter für Stadtverordnete Weinhold
Herr Hans-Jürgen Mallmann	FDP	
Herr Steven McLarren	CDU	
Herr Volker Schlüter	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	ab 17.07 Uhr (während TOP 2)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Helmut Cybulski CDU

Vertretung des Senioren- und Behindertenbeirates

Herr Artur Wörthmann CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

2. stv. Ausschussvorsitzende **Kuhlmeier** stellte die ordnungsgemäße Einladung des Ausschusses fest. Sie begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die Zuschauer.

Stadtverordneter **Walther** beantragte für die CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 7 „Demografisches Stadtentwicklungskonzept mit Leitbildvorschlag“ zurückzustellen.

Dem Antrag wurde ohne Widerspruch zugestimmt.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.06.2012**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing vom 19.06.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Städtebauliche Planungen für eine Grünfläche im Bereich Paul-Klee-Straße/ Kokoschkastraße**

Nach einheitlich erfolgter Meinungsbildung im Ausschuss stellte Stadtverordneter **Walther** den Antrag, dass die vorgestellte Erschließungsvariante 4 weiterverfolgt werden solle.

Beschluss:

Die vorgestellte Erschließungsvariante 4 soll weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. **Bebauungsplan Nr. 67 - Fidelisstraße - 4. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

1. **Es wird festgestellt, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.**
2. **Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 – Fidelisstraße-Süd - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4. **Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der
Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und
Anordnung der öffentlichen Auslegung**
-

Beschlussempfehlung:

1. Über die von Seiten der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 – Saarstraße - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 86 – Saarstraße - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 1.1 bis 1.3 unter Nr. 1 und über die Anlagen 2.1 bis 2.3 unter Nr. 2 wurde jeweils einzeln abgestimmt)

5. **Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht Nord - 2. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
-

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 96 – Breiller Gracht Nord – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert.

Umfang der Änderungen:

Die textlichen Festsetzungen zu den überbaubaren Grundstücksflächen gem. § 23 BauNVO werden um folgende Regelung ergänzt:

Die hinteren Baugrenzen der überbaubaren Flächen dürfen für Wintergärten und Terrassenüberdachungen um 3,00 m überschritten werden.

Die gemäß Landesbauordnung notwendigen Abstandsflächen bleiben davon unberührt.

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6. **Bebauungsplan Nr. 100 - Wohnpark Rimburg 1 - 5. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
-

Beschlussempfehlung:

4. Der Bebauungsplan Nr. 100 – Wohnpark Rimburg 1 – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert.

Umfang der Änderungen:

- a) Die Beschränkung der höchstzulässigen Anzahl von Garagen und Carports wird aufgehoben.

Die textlichen Festsetzungen zu Stellplätzen und Garagen werden um folgende Regelung ergänzt:

Bei Garagen, die den erforderlichen Mindestabstand von 3,0 m zur öffentlichen Verkehrsfläche gemäß Garagenverordnung (GarVO) nicht einhalten, ist der Einbau von Roll- oder Sektionaltoren erforderlich.

- b) Eine Überschreitung der hinteren Baugrenzen zur Errichtung von Terrassenüberdachungen und Wintergärten soll zugelassen werden.

Die textlichen Festsetzungen werden um folgende Regelung zu den überbaubaren Grundstücksflächen ergänzt:

Die Errichtung von Terrassenüberdachungen oder Wintergärten ist bis zu einer Tiefe von 3,0 m, gemessen ab dem Haupthaus, zulässig, auch wenn die hintere Baugrenze dabei überschritten wird. Die gemäß § 6 Landesbauordnung (BauO NRW) notwendigen Abstandsflächen für die Wintergärten bzw. Terrassenüberdachungen bleiben von der Überschreitungsmöglichkeit der Baugrenzen unberührt. Auch die Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 ist weiterhin zu beachten.

5. Der Änderungsentwurf wird beschlossen.
6. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7. "Demografisches Stadtentwicklungsprogramm" mit "Leitbildvorschlag"

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

8. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass für das Kiesausbeutevorhaben Frelenberg nach mehr als 2 Jahren nun die Änderungsgenehmigung vorliege. Die Änderung betraf vor allem den städtischen Weg, der mitten durch die Kiesgrube verläuft.

2. stv. Ausschussvorsitzende **Kuhlmey** schloss um 17.55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss 2. stv. Ausschussvorsitzende **Kuhlmei** um 18.07 Uhr die Sitzung.

Kuhlmei
2. stv. Ausschussvorsitzende

Schade
Schriftführerin